



**UNSERE MISSION:  
GERECHTIGKEIT.**  
**OGB**



SOZIALE SICHERHEIT MITBESTIMMUNG CHANCENGLEICHHEIT VERTEILUNGSGERECHTIGKEIT

[www.oegb.at](http://www.oegb.at)

**FACT-  
SHEET**

## Familienpolitik

### DIE FAKTEN:

Jahr für Jahr gibt Österreich neun Milliarden Euro für familienpolitische Leistungen aus, der Schwerpunkt der Familienpolitik in Österreich liegt auf Geldleistungen. Trotz dieses enormen Einsatzes herrscht nach wie vor Verbesserungsbedarf: bei der Vereinbarkeit von Beruf, Privat und Familie genauso wie bei der wirtschaftlichen Gleichstellung von Frauen und Männern.

Immer noch gibt es Kindergärten, die den Arbeitszeiten von ganztags arbeitenden Eltern nicht gerecht werden oder die im Sommer wochenlang geschlossen sind. Das heißt für viele – hauptsächlich Frauen – dass Ganztagsjobs nicht möglich sind, das heißt geringere Einkommen und schlussendlich niedrigere Pensionen.

Auch die Möglichkeiten für Väter, sich an der Familienarbeit zu beteiligen, vor allem knapp nach der Geburt von Kindern, sind noch sehr bescheiden.

### WAS ANDERE WOLLEN:

Immer noch gibt es Vorstellungen wie anno 1900, Familienarbeit wäre Frauenarbeit und die Gesellschaft solle sich heraushalten – alles andere wäre Bevormundung. Ganztagsschulen seien schlecht für die Kinder und ein Zwang.

Die Industriellenvereinigung will die Senkung der Arbeitszusatzkosten, Spielräume dafür wären unter anderem beim Beitrag zum Familienlastenausgleichsfonds vorhanden.

---

## DIE ÖGB-FORDERUNGEN:

- » Kindergarten als wichtigste Bildungseinrichtung betrachten und nicht als Aufbewahrungsstelle für Kinder.
- » Kinderbetreuungs Offensive: 100 Mio. Euro pro Jahr an Bundesinvestitionen in den Ausbau der Kindergärten innerhalb von vier Jahren (bedeutet 35.000 Kinderbetreuungsplätze mehr, eine deutliche Verbesserung der Qualität und eine Ausweitung der Öffnungszeiten). Vor allem für die Unter-Drei-Jährigen sind mehr Plätze notwendig.
- » Ganztägiges, flächendeckendes, leistbares und qualitativ hochwertiges Kinderbildungsangebot für jedes Kind ab dem ersten Lebensjahr bis zum Schuleintritt.
- » Bundeseinheitliches Rahmengesetz über Kinderbetreuungseinrichtungen (Regelungen z. B. über einheitliche, bedarfsorientierte Öffnungszeiten, Gruppengrößen, Vorbereitungszeiten, Weiterbildung in der Dienstzeit) und bessere Bezahlung der Beschäftigten.
- » Familienbeihilfe Neu: eine neue Familien-Geldleistung statt vieler unübersichtlicher Leistungen.
- » Mit der Einführung der Wertschöpfungsabgabe soll die langfristige Finanzierung des Familienlastenausgleichsfonds (FLAF) gesichert werden.
- » Väter sollen nach der Geburt ihres Kindes Anspruch auf einen bezahlten Papa-Monat haben.
- » Das Kinderbetreuungsgeld wurde im Jahr 2002 eingeführt und hat seitdem an Wert verloren. Es ist daher dringend an der Zeit, das Kinderbetreuungsgeld zu valorisieren.
- » Anspruch auf Elternzeit für alle Mütter und Väter unabhängig von Betriebsgröße und -zugehörigkeit.

---

## WARUM FORDERN WIR DAS?

Fakt ist, dass Familienarbeit immer noch hauptsächlich von Frauen erledigt wird. Um das zu ändern braucht es moderne Rahmenbedingungen, nicht mittelalterliche Familienbilder: in der Arbeitswelt, bei der Kinderbetreuung und in der Schule. Und klar muss sein, dass Leistungen für Familien mit ausreichend finanziellen Mitteln ausgestattet sein müssen.

Alle Forderungen auf: [www.bundeskongress.at](http://www.bundeskongress.at)